

# ThePioneer Hauptstadt Briefing

## Teures Tanken: Koalition sucht Kompromiss gegen Abzocke

**P** | 11 min. | 11.03.2026



Tankstellenpreise, 10.03.2026 © Imago



**Christian Schlesiger**

Pioneer Editor, Ressortleiter Wirtschaft

Guten Morgen,

geht es um Benzin und Diesel an der Zapfsäule, werden steigende Preise zum Politikum. Tankstellenbetreiber sollten die Preise künftig nur einmal pro Tag anpassen dürfen, fordert Schwarz-Rot.

Mein Name ist **Christian Schlesiger**.

## Unsere weiteren Themen heute:

- Reformen zu Schuldenbremse und Wahlrecht: Streit um politischen Kuhhandel.
- Neuer Baden-Württemberg-Chef: Das Schachern um Amtsteilung geht weiter.
- Politikwissenschaftler: Volksparteianspruch der SPD trägt nicht mehr.
- Erbschaftsteuer: CDU-Wirtschaftsrat fordert Inflationsausgleich.

## Top Story

**Teurer Sprit, nervöse Koalition:** Die Inflation an den Zapfsäulen wird zum Wahlkampfthema vor der Rheinland-Pfalz-Wahl.

**Seit Tagen treiben SPD-Politiker ihren Koalitionspartner vor sich her:** Letzte Woche richteten die zuständigen Fraktionsvizes von Union und SPD, **Sepp Müller** und **Armand Zorn**, eine „Taskforce“ zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Iran-Krieges ein.

**Ziel der Abgeordneten:** Das Parlament will Handlungsfähigkeit demonstrieren.

Parallel arbeitet eine „Taskforce“ der Regierung unter Leitung von Wirtschaftsministerin **Katherina Reiche**.



SPD-Fraktionschef Matthias Miersch, 03.03.2026 © dpa

**Gestern erhöhte die SPD den Druck:** Fraktionschef **Matthias Miersch** forderte per Pressemitteilung:

“**Wirtschaftsministerin Katherina Reiche muss jetzt handeln.**”

**Konkret:** Das Bundeskartellamt müsse seine Untersuchung zu den Preissetzungen der Ölkonzerne in dieser Woche abschließen. Dieses gehört zu Reiches Geschäftsbereich, ist allerdings nicht weisungsgebunden.

Gemeinsam mit den SPD-Fraktionschefs der Länder forderte Miersch zudem, krisenbedingte Übergewinne von Ölkonzernen abzuschöpfen. Beim heutigen Koalitionsausschuss will die SPD das Thema ansprechen.

↓ [Erklärung der SPD-Fraktionsvorsitzenden zu Benzinpreisen](#)

Juso-Chef **Philipp Türmer** fordert im *Handelsblatt* gar einen staatlichen Preisdeckel.

**Saarlands Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) lobt indirekt ein ähnliches Modell.** Sie sagt meinem Kollegen **Nils Heisterhagen:**

“**Luxemburg legt landesweite Höchstpreise für Benzin fest und dämpft damit unlauteren Wettbewerb zulasten der Autofahrer – und Luxemburg ist jetzt nicht gerade eine sozialistische Planwirtschaft.**

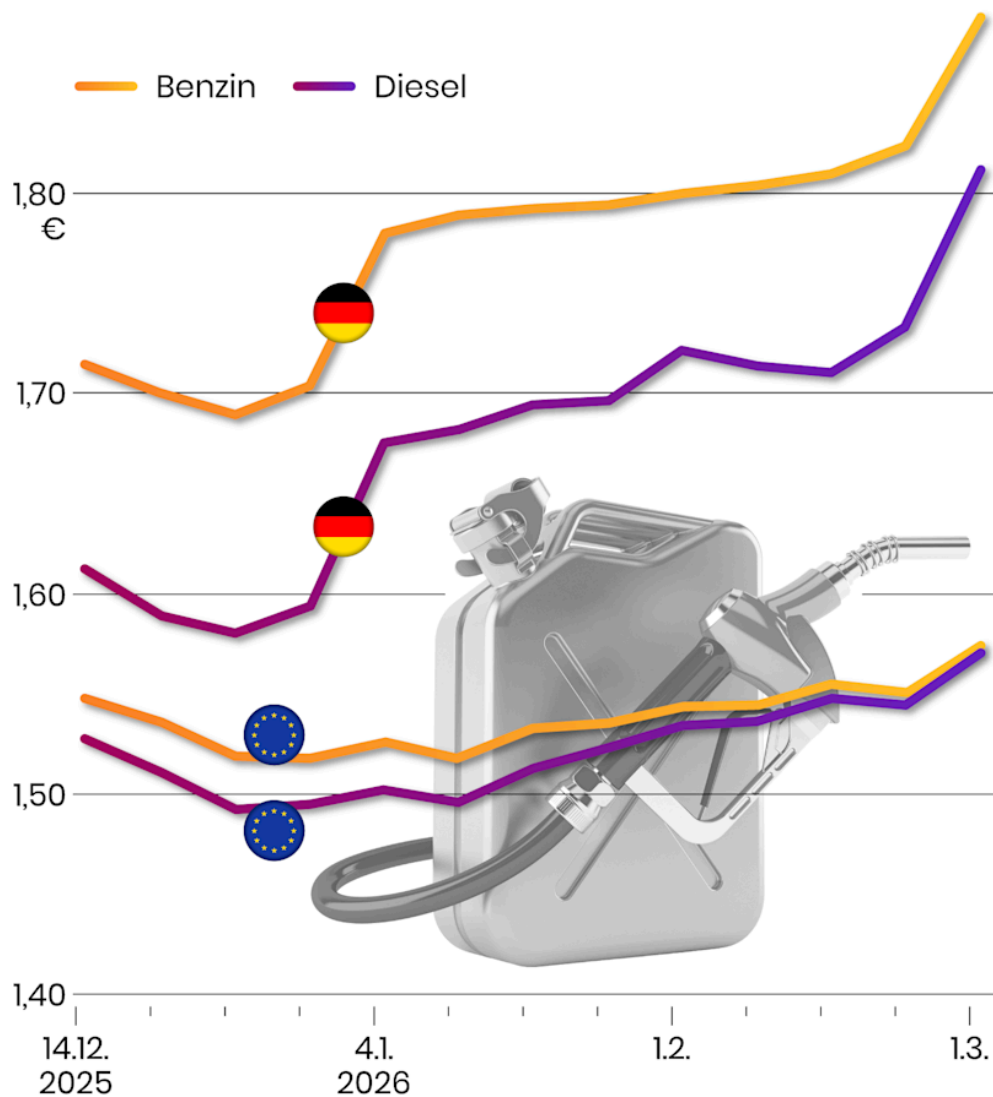
Ökonom **Tomaso Duso**, Vorsitzender der *Monopolkommission*, mahnt zur Vorsicht:

“**Wer jetzt einfache Lösungen wie einen neuen Tankrabatt, eine Übergewinnsteuer oder starre Preisdeckel verspricht, macht es sich zu leicht.**

**Aber:** Ein „Problem“ gebe es durchaus, so der Experte. Der Anstieg der Benzin- und Dieselpreise letzte Woche fiel in Deutschland mehr als doppelt so hoch aus wie im EU-Durchschnitt.

## Übermäßiger Anstieg

Benzin- und Dieselpreise im Wochendurchschnitt (Deutschland und EU), in Euro



ThePioneer Quelle: EU-Kommission, Monopolkommission powered by statista

Das liege an der Struktur des Großhandels, so Duso.

“ Wenige integrierte Konzerne kontrollieren Raffinerien, Großhandel und Tankstellen zugleich.

Die Prüfung des Kartellamts sei deshalb richtig. Das Kartellrecht sei aber „kein Instrument für schnelle Preiskorrekturen über Nacht“, gibt Duso zu bedenken.

**Ein Kompromiss zeichnet sich bei einem anderen SPD-Vorschlag ab.** Tankstellen sollen nur noch maximal einmal am Tag die Spritpreise erhöhen dürfen, fordern SPD-Pragmatiker. „Das sollten wir in Deutschland auch machen“, sagt Saarland-Chefin Rehlinger.

**Der Koalitionspartner zeigt sich offen.** „Da spricht einiges dafür“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, **Andreas Lenz**, meinem Kollegen **Jonathan Packroff**.



Andreas Lenz, wirtschaftspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, 05.03.2026 © Imago

**Eine einheitliche Linie der Union gibt es aber noch nicht:** Das Thema solle jetzt besprochen werden, so Lenz.

Auch Duso hält dieses „österreichische Modell“ für sinnvoll. Er sagt:

“ So werden Verbraucherinnen und Verbraucher vor abrupten Preissprüngen geschützt, ohne den Wettbewerb auszuhebeln.

**Fazit:** Mit den Benzinpreisen hat die SPD ein Wahlkampfthema gefunden. Manches ist Aktionismus, doch dass etwas falsch läuft, sehen auch Ökonomen so.

## Exklusiv

### Politischer Kuhhandel? Streit um Reformabsprachen

Seit Wochen diskutieren die Koalitionäre nicht nur über Inhalte bei Wahlrechts- und Schuldenbremsen-Reform, sondern auch darüber, ob die beiden Vorhaben verknüpft werden sollten. Meine Kollegin **Karina Mößbauer** berichtete Anfang Februar. Noch immer ist der Gordische Knoten nicht durchschlagen.

- **Bei der SPD ist man überzeugt:** Die Reformen müssten verknüpft werden, weil das auf der finalen Strecke der Koalitionsverhandlungen so klar vereinbart worden sei, hört meine Kollegin dort.
- **Bei der Union heißt es:** Die Projekte hängen nicht miteinander zusammen. „Das war nie vereinbart.“

**Streit reloaded:** Heute wird es Thema im Koalitionsausschuss sein. Beim letzten Mal war Schwarz-Rot nicht weitergekommen.

**Allerdings:** Die aktuelle Lage und die Auswirkungen Nahost sind auf Platz eins auf der heutigen Agenda.



Koalitionsausschuss am 18.01.2026: Markus Söder, Friedrich Merz, Bärbel Bas, Lars Klingbeil © dpa

Die inhaltlichen Streitpunkte in den Kommissionen (Schuldenbremse und Wahlrecht):

#### Wahlrechtsreform

**Die Union, vor allem CSU, fordert:** Wahlkreis-Gewinner sollten sicher in den Bundestag einziehen (aktuell gibt es eine Kappung).

**SPD-Fokus:** Die SPD legt Wert auf Parität. Entsprechende Vorschläge hat sie Kanzler **Friedrich Merz** geschickt: Frauenquote für Wahllisten. Oppermann-Modell: Doppel-Besetzung in Wahlkreisen (Mann und Frau). Dafür Reduzierung auf 150 Wahlkreise.

Zwei selbst gesetzte Fristen für Reformvorschläge wurden bereits gerissen: eine aus dem Koalitionsvertrag (bis Ende 2025) und eine aus dem Koalitionsausschuss (bis Februar 2026).

#### Schuldenbremse

**Die Union fordert Disziplin:** „Eine weitere Verschuldung des Bundes kommt für uns nicht infrage“, sagte Merz Anfang der Woche. In der Union wächst eine Sorge: Das bestehende Haushaltsloch könnte SPD nutzen, um auf Lockerung der Fiskalregeln zu drängen.

**2028 fehlen knapp 60 Milliarden Euro im Haushalt.** Ein CDU-Funktionär sagt, es müssten dringend finanzwirksame Reformen kommen. Ansonsten lässt sich die Lücke nicht schließen.

**Die SPD fordert mehr Spielraum:** Die SPD hofft etwa auf eine „goldene Regel“. Soll heißen: Schulden sind für Investitionen bis ein Prozent des BIP immer zu erlaubt.



## **Baden-Württemberg: Schachern um Amtsteilung**

**Nach Sitzen im künftigen Landtag von Baden-Württemberg herrscht ein Patt.** Die CDU will den Preis für die Koalitionsverhandlungen weiter hochtreiben und machte den Vorschlag, das Ministerpräsidenten-Amt zu teilen. CDU-Spitzenmann **Manuel Hagel** wollte das nicht ausschließen, machte es sich aber nicht zu eigen.



Cem Özdemir und Manuel Hagel, 08.03.2026 © dpa

Kontraproduktiv könnte ausgerechnet das gute Abschneiden beider Parteien werden. Das hört meine Kollegin **Karina Mößbauer** aus Kreisen der Grünen. Argumentation: CDU-Abgeordnete könnten den Grünen Özdemir nur wählen, wenn sie wissen: „Danach folgt Hagel.“

**Nach dem Motto:** Sonst ist die Mehrheit in Gefahr. Aber die grün-schwarze Koalition hätte eine deutliche Mehrheit von knapp 60 Prozent. Man könne sich bei der Ministerpräsidentenwahl also

Abweichler erlauben. Der Druck ist hier raus. Eine knappe Mehrheit hätte Hagel eher in die Hände gespielt, glaubt man bei Grünen.

**Paartherapie:** Bei der CDU hallt nicht nur die „Kampagne“ nach. Dort wird auch arrogantes Auftreten der Grünen nach der Wahl beklagt. Özdemir hatte die Teilung des MP-Postens als „Quatsch“ bezeichnet.

**Daher betonen die Grünen nun den Erfolg Hagels.** „Wir sind uns bewusst, dass die CDU auch hinzugewonnen hat“, sagt ein Top-Grüner in BaWü. Weiter:

“**Wir wollen ebenbürtige Verhandlungen. Das ist nicht gönnerhaft gemeint.**“

**Auftaktsitzung:** Das Grünen-Verhandlungsteam trifft sich heute zur ersten internen Abstimmung. Dabei: neben Özdemir die Doppelspitze des Landesverbands, der Fraktionsvorsitzende, die Umweltministerin (Listenkandidatin Platz eins), der Finanzminister und **Oliver Hildenbrand** als Vertreter der Partei-Linken.



**Politikwissenschaftler: Volksparteianspruch der SPD trägt nicht mehr**

**Josef Schmid**, Politikwissenschaftler an der Uni Tübingen, befasst sich seit Jahrzehnten mit der SPD. Nach dem Wahldebakel der Partei in Baden-Württemberg sagt er meinem Kollegen **Jan Schroeder**:

“**Die SPD ist schon lange keine Volkspartei mehr und sollte aufhören, so zu tun, als wäre sie es noch.**“



Sozialwissenschaftler Josef Schmid © privat

Die Sozialdemokratie verspiele Glaubwürdigkeit damit, es allen recht machen zu wollen. Besser sei es, die SPD würde sich auf jene Wählergruppen konzentrieren, die sie tatsächlich noch erreichen kann.

**“ Es bringt nichts, ständig von den Arbeitern zu sprechen, wenn die einen nicht wählen.**

**Rente hängt an Lohnentwicklung:** Dazu gehöre auch, die richtigen Prioritäten zu setzen. „Die Partei reibt sich in den falschen Kämpfen auf.“ Es bringe beispielsweise nichts, die Haltelinie bei der Rente zu verteidigen, wenn zeitgleich die Wirtschaft aus der Stagnation nicht herauskomme.

**SPD rede sich raus:** „Die Grünen haben im Wahlkampf strategisch auf ein Horse Race hingearbeitet, während die anderen einfach zugeschaut haben.“ Die SPD sei unter die Räder gekommen, weil sie einen inhaltsleeren Wahlkampf um Personen zugelassen habe. Sie sei damit selbst schuld an ihrem Ergebnis.

„Eine solche Zuspitzung auf zwei Personen ist nämlich nicht einfach da, sie wird gemacht und dem kann auch gegengesteuert werden.“



## **Erbschaftsteuer: CDU-Wirtschaftsrat fordert Inflationsausgleich**

**Der Wirtschaftsrat der CDU fordert höhere Freibeträge bei der Erbschaftsteuer.** Die wurden „seit 2009 nicht mehr angepasst“, sagt mir Generalsekretär **Wolfgang Steiger**. Was damals mit 500.000 Euro begann, entspreche „inflationsbedingt“ heute einem „Freibetrag von rund 665.000 Euro“.

Steiger:

**“Eine deutliche Anpassung der Grenzen gebietet somit nicht nur die Fairness, sondern auch die volkswirtschaftliche Vernunft.**

**Ein erhöhter Freibetrag würde auch für das Betriebsvermögen von Personengesellschaften gelten.** Derzeit gebe es für zahlreiche Betriebe zwar die sogenannte Verschonungsbedarfsprüfung, aber sie finde erst bei einem begünstigten Betriebsvermögen von mehr als 26 Millionen Euro Anwendung.

Bei Unternehmen, die unterhalb dieser Schwelle liegen und die sogenannte Regelverschonung wählen, führe die bisherige Nicht-Anpassung der Freibeträge schnell „zu einer ungerechtfertigten erhöhten Steuerbelastung“, sagt Steiger.



Friedrich Merz und Wolfgang Steiger, 28.01.2020 © Imago

**Warum das wichtig ist:** Steiger ist seit vielen Jahren mit Kanzler **Friedrich Merz** befreundet. Seine Worte haben Gewicht. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts könnte die Regierung bald zu Reformen zwingen.

**Steiger ergänzt:**

“Verteilungsfragen lassen sich generell besser über Ertragssteuern adressieren.

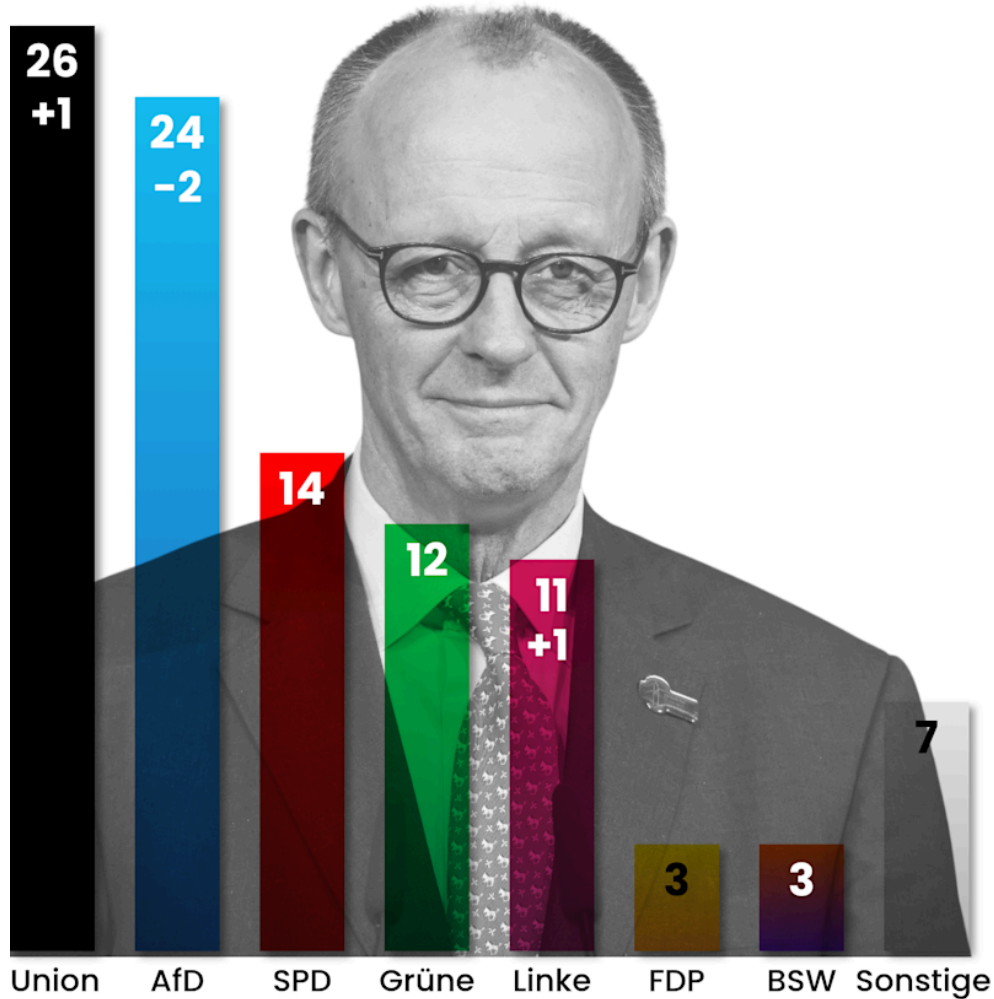
Unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung verteuere Erbschaftsteuer „Kapital, verzerrt den Kapitalstock und untergräbt damit genau die Investitionsbasis, auf die wir angewiesen sind, um neue Wachstumskräfte freizusetzen“.

## Pioneer Polls

Die Wahl in Baden-Württemberg hat die CDU nicht gewonnen. Aber bundesweit können sich Kanzler **Friedrich Merz** und seine Union etwas von der AfD absetzen. Das zeigt eine neue *Forsa*-Umfrage.

## Union ist stärkste Kraft

Sonntagsfrage: Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre? In Prozent



Differenz zur Umfrage vom 20.01.2026 in Prozentpunkten

ThePioneer

Quelle: Forsa, 10.03.2026

powered by  
statista

## Radar

Was war gestern und heute Nacht außerdem los?

- **Koalitionsausschuss:** Heute kommen die Spitzen von Union und SPD zum Koalitionsausschuss zusammen. Auf der informellen Tagesordnung: der Krieg gegen den Iran, Sofortmaßnahmen für Klimaschutz und kommunale Altschulden. Das hört mein Kollege **Jan Schroeder**.

- **TV-Duell:** Gestern Abend sind der rheinland-pfälzische Ministerpräsident **Alexander Schweitzer** und der CDU-Spitzenkandidat **Gordon Schnieder** im TV-Duell im *SWR* gegeneinander angetreten. 57 Prozent der Zuschauer sahen Schnieder als Gewinner.
- **Atomenergie:** Kanzler **Friedrich Merz** hat den Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland als unumkehrbar bezeichnet. Damit reagierte er auf eine Kernenergie-Initiative für Mini-Atomkraftwerke von **Ursula von der Leyen**. Diese nannte in Paris den Atomausstieg einen „strategischen Fehler“.
- **Krankenversicherung:** Gesundheitsministerin **Nina Warzen** will den Zusatzbeitrag für gesetzlich Krankenversicherte „mindestens stabil“ halten, sagte die CDU-Politikerin dem Portal *Politico*.
- **Hafenförderung:** Die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen von Bund, Ländern und EU fordern 500 Millionen Euro Bundesförderung für Investitionen in deutsche Häfen. Die sei seit 20 Jahren eingefroren.
- **Buchhandlungspreis:** Kulturstaatsminister **Wolfram Weimer** hat die Verleihung des Deutschen Buchhandlungspreises abgesagt. Sie war für den 19. März geplant. Weimer ließ zuvor drei linke Buchläden wegen „verfassungsschutzrelevanter Erkenntnisse“ von der Liste streichen.

#### Wer befindet sich heute wo und welche Termine sind relevant?

- Verteidigungsminister **Boris Pistorius** nimmt an einer informellen Tagung der EU-Verteidigungsminister in Lefkosia teil.
- Justizministerin **Stefanie Hubig** nimmt an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer terroristischer Gewalt in Berlin teil.
- Verkehrsminister **Patrick Schnieder** hält eine Rede auf der *mobility move 2026* in Berlin.
- **Schnieder** nimmt ebenfalls am *Deutschen Flight Safety Forum* in Berlin teil.
- Umweltminister **Carsten Schneider** eröffnet den 38. Deutschen Naturschutztag an der Freien Universität in Berlin.
- **Karin Prien** nimmt in ihrer Rolle als Frauenministerin weiter an der 70. Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen in New York teil.

- Landwirtschaftsminister **Alois Rainer** setzt seine Reise in Südafrika fort.

## Happy Birthday

Heute gratulieren wir herzlich:

**Anja Weisgerber**, CSU-Bundestagsabgeordnete, 50

**Yannick Bury**, CDU-Bundestagsabgeordneter, 36



Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Start in den Mittwoch.

Herzlichst,

Ihr

**Christian Schlesiger**

Pioneer Editor,

Ressortleiter Wirtschaft